Donnerstag, 3.11.2022

Feuilleton

NACH DER KNESSET-WAHL

Sie nennen ihn König von Israel

Zwei gesellschaftliche Lager stehen sich in Israel unversöhnlich gegenüber. Mit dem Wahlergebnis kommt es zum Bruch.

Von Meron Mendel

Schon im Jahr 1995 gelang es Ben-Gvir mit der Hetze gegen den damaligen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin, erstmals von der israelischen Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Reuters

Der Erfolg der israelischen Rechten basiert auf zwei Gesichtern: dem weltbekannten von Benjamin Netanjahu, dem ehemaligen und zukünftigen Ministerpräsidenten, und dem Gesicht von Itamar Ben-Gvir, einer Figur, die bis vor Kurzen nur in Israel bekannt war. Seine Partei wurde jetzt drittstärkste Macht in der Knesset. Der Aufstieg des verurteilten Rechtsextremisten, der mehrfach wegen Volksverhetzung und Anstiftung zum Terror im Gefängnis saß, zum Königsmacher in der israelischen Politik und höchstwahrscheinlich zum wichtigsten Minister im zukünftigen Kabinett Netanjahus, klingt wie der Plot eines Politthrillers.

Tatsächlich verkörpert Ben-Gvir den Wandel, den die israelische Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten durchlebt hat. Denn Israels Gesellschaft ist heute

tiefer denn je gespalten: zwischen dem (immer kleiner werdenden) liberal-säkularen Lager und dem (immer stärker werdenden) nationalistisch-religiösen Lager. Die Polarisierung verkörpert wird durch die beiden großen israelischen Städte, die, folgt man dem israelischen Diskurs, unterschiedlicher nicht sein könnten: Hier das hedonistische, weltoffene, westliche, queere Tel-Aviv – dort das jüdisch-nationalistische und religiös-orthodoxe Jerusalem. Folgerichtig beschimpfen Rechte in Israel die Linke als „Tel Aviv-Staat". Mit seinem Aufstieg schlägt Ben-Gvir diesen nun k. o.

Schon im Jahr 1995 gelang es Ben-Gvir mit der Hetze gegen den damaligen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin, erstmals von der israelischen Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Nachdem Rabin das Osloer Friedensabkommen unterzeichnet und den Friedensprozess mit den Palästinensern mutig vorangetrieben hatte, war er Hetze und Anfeindungen jüdischer Nationalisten ausgesetzt. Innerhalb den Rechten tat sich der damals achtzehnjährige Itamar Ben-Gvir besonders laut und radikal hervor. Ich erinnere mich noch gut daran, wie er sich an Rabins Dienstwagen heranwagte, das Cadillac-Ornament von der Kühlerhaube riss, es in die laufenden Kameras hielt und sagte: „Wenn der Ministerpräsident radikale Sachen tut, muss er auch mit radikalen Reaktionen rechnen".

Ben-Gvirs Botschaft war unmissverständlichen: Dich kriegen wir auch noch. Einige Wochen später erschoss ein anderer jüdischer Rechtsradikaler Rabin nach einer Friedensdemonstration in Tel-Aviv. Morgen, am 4. November, jährt sich der Mord an Rabin zum 27. Mal – da wäre es nach der Logik des Politthrillers nur folgerichtig, wenn Ben-Gvir nunmehr jenes Projekt vollendet, das er einst mit der Hetze gegen Rabin gestartet hat. Wenn sich die Gründungsväter des Zionismus Israel als modernen, demokratischen und jüdischen Staat vorgestellt haben, entwirft Ben-Gvir (gemeinsam mit Netanjahu) nun eine ganz andere Vision Israels, in der das „Jüdische" deutlich vor das „Demokratische" gestellt wird.

Auch seine Rhetorik hat Ben-Gvir aktualisiert

Ich hatte einige persönliche Begegnungen mit Itamar Ben-Gvir. Ein Jahr nach dem Mord an Rabin wurde ich als junger Soldat in Hebron stationiert. Ben-Gvir, gleicher Jahrgang wie ich, war wegen seiner rechtsradikalen Aktivitäten ausgemustert worden und lebte in einer jüdischen Siedlung innerhalb der arabischen Stadt. Mal warf er mit seinen Freunden Ziegel vom Dach auf die arabischen Passanten, mal schikanierte er die Straßenverkäufer und sorgte für Tumult auf dem Markt. Wir Soldaten konnten den Provokateur kaum aufhalten, während er uns als „Nazis" und „Verräter" beschimpfte und uns bespuckte. Im Laufe der Zeit hat er seine Arbeitsmethoden verfeinert. Er studierte Rechtswissenschaften, wurde Anwalt und vertrat seine Gesinnungsfreunde, wenn sie wegen Terrors gegenüber Arabern vor Gericht standen.

Auch seine Rhetorik hat Ben-Gvir aktualisiert. „Tod den Arabern" schrie er damals in Hebron. Heute sagt er, etwas anschlussfähiger: „Tod den Terroristen". Er zieht gern seine Pistole aus der Hosentasche, um Gegner einzuschüchtern und seine Männlichkeit zu demonstrieren, aber angeblich tut er dies nur zur „Selbstverteidigung". Im Wesentlichen scheint Ben-Gvir sich nicht gewandelt zu

haben. Gewandelt hat sich vielmehr die israelische Gesellschaft: Noch vor einer Generation wurde er als rechtsradikaler Paria gescholten, heute ist er dagegen gern gesehener Gast in Talkshows und legitimer Koalitionspartner. Ben-Gvir wird als Held auf den Straßen, in Einkaufszentren und sogar in Schulen gefeiert. Kinder bitten um Selfies mit dem freundlichen Araberhasser.

Der Wandel Israels ist auch eine Folge der demographischen Entwicklung. Zu den Bürgern des „Tel-Aviv-Staats“ zählen vor allem säkulare Aschkenasim, also europäischstämmige Juden, die in der Weltmetropole oder in den Kibbuzim leben. Sie verfügen über ein überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau, unterhalten Kontakte ins Ausland und sehen sich als Teil der westlichen Welt. Diese Bevölkerungsgruppe hinkt mit etwa zwei Kindern pro Familie deutlich den Bürgern des „Jerusalem-Staats“ hinterher. Diese sind mehrheitlich Misrachi, also arabischstämmige Juden, Bewohner der israelischen Kleinstädte in der Peripherie oder der Siedlungen in der Westbank.

Israel erntete, was bereits vor Jahrzehnten gesät wurde

Eine weitere entscheidende Bevölkerungsgruppe im „Jerusalem-Staat“ sind die orthodoxen und ultraorthodoxen Juden. Bei ihnen liegt die durchschnittliche Geburtsrate seit Jahren konstant bei 6,7 Kinder je Familie. Und Bürger des „Jerusalem Staats“ zeigen sich zum Beispiel gänzlich unbeeindruckt angesichts der Korruptionsaffären von Benjamin Netanjahu. Für sie sind demokratische Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit oder Gewaltenteilung ein Fremdwort. Nach einem starken Mann wird verlangt, auch wenn sich dieser dabei bereichert.

Israel erntete bei der gestrigen Wahl, was bereits vor Jahrzehnten gesät wurde. Dass die Arbeiterpartei, die Partei der Staatsgründer, fast vollständig von der politischen Landkarte gefegt wurde, mögen manche als verspätete Gerechtigkeit werten. Schließlich war es Staatsgründer David Ben-Gurion, der zuließ, dass ultraorthodoxe Juden immer mehr Macht erlangen und ihre antidemokratischen Werte abseits des staatlichen Bildungssystems und des Arbeitsmarkts pflegen konnten – zum Beispiel in eigenen Schulen, die keine Mathematik, kein Englisch und keine EDV-Kenntnisse vermitteln, aber vom Staat vollständig finanziert werden.

Bürger des „Tel-Aviv Staats“ fühlen sich zunehmend fremd im eigenen Land

Über Jahrzehnte wuchs und gedieh in den segregierten Gemeinden Jerusalems, in Bnei Brak und später in den Siedlungen der Hass gegen liberale Werte und die Palästinenser. Es waren auch die Ministerpräsidenten der Arbeiterpartei, die nach dem Krieg 1967 die besetzten Gebiete im Westjordanland behalten wollten. Das Siedlungsprojekt im Westjordanland begann, als die Arbeitspartei noch an der Macht war. Damals lautete der Ratschlag des Philosophen Jeschajahu Leibowitz, sich wenige Monate nach dem spektakulären Sieg aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Ansonsten, warnte Leibowitz, würde die zionistische Idee der „Wahnvorstellung des großen Israels“ geopfert. Nun wird seine Prophezeiung Realität, denn die „Wahnvorstellung“ ist ein demokratiegefährdendes All-inclusive-Packet: Abbau des Rechtsstaats und der Justiz, Zerlegung der Zivilgesellschaft und das Aus aller Hoffnung auf ein gleichberechtigtes

Zusammenleben mit den palästinensischen Bürgern Israels und eine friedliche Lösung mit den Palästinensern im Westjordanland und in Gaza.

Bürger des „Tel-Aviv Staats“ fühlen sich zunehmend fremd im eigenen Land. Sie fragen sich, ob die israelische Demokratie noch zu retten ist. Manch einer warnt vor der Gefahr, dass Israel sich in den kommenden Jahren zu einer „defekten Demokratie“ nach dem Vorbild der Türkei oder Ungarn verwandeln könne. Bei den amerikanischen Politikwissenschaftlern Steven Levitsky und Daniel Ziblatt lässt sich nachlesen, wie das geschieht: In der Regel passiert das nicht in einer Revolution oder während eines Putschs, sondern mit einem langsamen alltäglichen Prozess. Wenn die Bürger es bemerken, ist es meist zu spät.

Gestern Abend habe ich mir die Feierlichkeiten der politischen Sieger im israelischen Fernsehen angeschaut. Als Itamar Ben-Gvir auf die Bühne trat, riefen seine Anhänger begeistert „Ben-Gvir, König von Israel“. Da erinnerte ich mich auf einmal an eine Situation vor fünfundzwanzig Jahren in Hebron, als wir uns gegenüberstanden standen. Nach einer heftigen Auseinandersetzung spuckte Ben-Gvir in meine Richtung auf den Boden, dann lächelte er und ging. Gestern spuckte er auf alle Israelis, die an Demokratie und Menschenrechte glauben.

Meron Mendel, 1976 in Tel Aviv geboren, ist Professor für Soziale Arbeit und Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt.